

Beim zweiten Kapitel (Demobilisierung der rumänischen Streitkräfte) beantragte der Art. IV Staatssekretär von Rumänien Anfragen der Hrn. Gumboldt (H.) und Dr. Müller-Bergingen (Hörsing, H.) über die Lage der Deutschen in Rumänien.

Hr. Graf Beck (H.): Der Plan der bessarabischen Deutschen geht meines Wissens auf ein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet in Bessarabien und einigen angrenzenden Landstrichen, dem im Bundesverhältnis zu Rumänien eine gewisse bundesstaatliche Selbstständigkeit gesichert werden sollte. Dieser Plan scheint ihm sehr beachtenswert, auch im deutschen Interesse. Die bessarabischen Deutschen seien geneigt, nach der Heimkehr auszuwandern, wenn der weitestgehende Plan zuhause käme, aus der Krim und Taurien ein selbständiges deutsches Siedlungsgebiet für die am Schwarzen Meer angesiedelten zahlreichen Deutschen zu machen, wiederum im bundesstaatlichen Anschluß an die Ukraine, nicht als Schutzgebiet Deutschlands. Die Deutschen in der Ukraine fürchteten, nach Wegzug der deutschen Truppen das Land verlassen zu müssen, wenn ihnen nicht durch geschlossene Kolonisation und staatliche Selbstständigkeit die Möglichkeit besserer Schutzes geschaffen werde. Auch im Interesse der Lebensmittelpflege liege es, nicht die Zustimmung des den dortigen Deutschen bevorzugen.

Hr. Graf Beck (H.) wünscht nicht, daß Deutschland sich allseitig einmische.

Hr. Kiper (Dsch. Fr.) erbittet mehr Hoffnungen für die bevorstehenden Kolonisten, und wünscht über die Pläne der Regierung, betreffend Ansiedlung auswanderungsfähiger Kolonisten.

Hr. Dr. Pfleger (H.) fragt nach der Stellungnahme der Reichsregierung zu den Plänen der deutschen Kolonisten in Südrußland.

Hr. Graf Beck (H.) betont, wie wichtig und nicht nur für die rumänischen Juden zu sein. Man müsse unterscheiden zwischen strukturaler Arbeiterbevölkerung und schaffenden Arbeitern. Die rumänischen Juden müßten mehr Schutz erhalten.

Hr. Graf Beck (H.): Nach den Worten des Staatssekretärs wird das Auswärtige Amt gewisse berechtigte Wünsche erfüllen.

Nach weiteren Ausführungen des Hrn. D. Raumann (Hörsing, H.) nimmt der Staatssekretär das Wort und betont, daß die Regierung die Bedürfnisse aller Auslandsdeutschen nach Möglichkeit in ihrem Sinne zu regeln und ihre Interessen zu schützen bestrebt sei.

Es wird Johann Art. IV genehmigt, ferner werden ohne weitere Diskussion die Art. V bis IX angenommen.

Beim dritten Kapitel (Schiffsabfertigung) stellen die Hrn. Graf Beck (H.) und D. Raumann (Hörsing, H.) Anfragen; letzterer wünschte zu wissen, ob das Handelsabkommen von 1915 mit Bedingungen behaftet gewesen sei, die jetzt die Geltung der Tarife erschweren ließen; unter den vorliegenden Umständen dürfe die Bundesregierung die Bulgaren nicht auf allzu harte Proben gestellt werden; die Tarife behalte aller deutschen Bundesfreundlichkeit, könne aber von uns nicht verlangen, daß wir ihren Balkanbereich verweigern. Was wir für die Tarife zu tun hätten, liege in Wien, nicht auf dem Balkan.

Staatssekretär v. Rüchmann gibt vertrauliche Auskunft.

Beim sechsten Kapitel (Regelung der Donauschiffahrt) findet eine Aussprache statt über die Bestrafung der Donauschiffahrt, die Beteiligung der Mächte an ihr, sowie über die Donauschiffahrtsgesellschaften.

Hr. Warmuth (Dsch. Fr.) verweist auf die Abstimmung in Bayern über die Bildung einer neuen Donauschiffahrtsgesellschaft unter Führung des Geheimrats Frisch von der S. G. W.

Geheimrat Frisch erwidert, mit dem bayerischen Lobd sei eine Verständigung erzielt, von Errichtung einer Konkurrenzgesellschaft gegenüber der bayerischen Gesellschaft könne keine Rede sein.

Beim siebenten Kapitel (Gleichstellung der Religionsbekenntnisse in Rumänien) bemängelte Hr. Scheidemann (H.) die Fassung, die nur einem Teil der Juden Gleichberechtigung verleihe und den Juden überhaupt keine Berufsmöglichkeiten eröffne.

Direktor Krieger erwidert, jeder, der einmal rumänischer Staatsbürger sei, habe auch die volle Rechtsgleichheit, so auch der Jude. Eine andere Frage sei die Behandlung der Staatenlosen. Die rumänische Regierung habe gegenüber der jüdisch-rumänischen Bevölkerung weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Hr. Graf Beck (H.) erklärt, die Judenfrage in Rumänien bestehe darin, ob sie Grundbesitz erwerben könnten oder nicht; nur die Staatsangehörigen könnten landwirtschaftlichen Grundbesitz erwerben; die Stellung der Juden und ihre Ausbreitung dort lasse es nicht ratsam erscheinen, sich allzu sehr für sie ins Zeug zu legen; die Zulassung der Juden zum landwirtschaftlichen Grundbesitz würde die Lösung der Agrarfrage sehr erschweren.

Die Ausfertigung des Direktor Kriegers, daß die Bestimmungen des siebenten Kapitels einen starken Eingriff in die inneren Verhältnisse Rumäniens bedeuteten, unterzeichnet der konservative Hr. v. Graefe. Damit sei zugegeben, daß von dem sonst vertretenen Grundsatze gerade der Parteien der Anken, innere Angelegenheiten der vertragschließenden Staaten unberührt zu lassen, zugunsten der Juden schief abgewichen worden sei.

Hr. Graf Beck (H.) betont weiter, daß wir unserem politischen Ansehen schaden, wenn wir uns so sehr in der rumänischen Judenfrage engagieren. — Der konservative Redner plädiert hierfür nicht. Jedenfalls sei bei der Stellung der rumänischen Bevölkerung zur Judenfrage das Jugendschicksal der rumänischen Regierung ein großes Opfer, das aber sicher nicht ohne Gegenleistung erreichbar gewesen wäre. Die Benutzung auf den Berliner Vertrag sei unzureichend, da wir keinerlei Bewandlung gehabt hätten, selbst allein diese Frage zu lösen. Besser hätte man gewartet, bis sich eventuell bei den allgemeinen Friedensverhandlungen die sämtlichen Vertragsmächte des Berliner Kongresses engagieren wollten.

Hr. Goltz (Hörsing, H.) tritt für volle Gleichberechtigung der Juden entsprechend dem Berliner Vertrage ein; die Bestimmungen des Friedensvertrages dürften nicht das, was jener Vertrag wollte.

Hr. Gröbner (H.) dankt dem Staatssekretär dafür, daß er es durchgesetzt hat, daß die Katholiken in Rumänien endlich die Gleichberechtigung erhalten. Von dem Standpunkte aus, daß, was den Katholiken recht, den Juden billig sei, und auch vom allgemeinen Menschenheitsinteresse heraus erscheine die Gleichstellung der Juden geboten.

Nach kurzer weiterer Erörterung wird der Friedensvertrag angenommen.

Mitmo: Wirtschaftspolitischer Zusatzvertrag.

Kriegsnachrichten.

Oesterreich-ungarischer Generalstabbericht. Am 14. wird aus Wien vom 25. Juni verlautbart: Geheuer war die Gebirgsfront zwischen Italo und der Biava wieder der Schauplatz heftiger Kämpfe. Der Feind hat alles auf, um die am 15. Juni verlorenen Höhenstellungen zurückzuerobern. Auf dem Monte di Balbello, Col del Rosso, Molone, Solarolo und Monte Vertica wurde den größten Teil des Tages erbittert gerungen. Die Italiener wurden überall, an mehreren Stellen durch Gegenkräfte, zurückgeworfen. Die vorliegenden Meldungen schildern das über alles erhabene Verhalten der an den Kämpfen beteiligten Infanterie und Artillerie und erwähnen besonders die Inf. Reg. 9 (Gallianer) 53 (Fronten), 114 (Ober- und Niederösterreich), 120 (Schlesier) und bosnisch-herzegow. Nr. 4. Im Montello-Gebiet und südlich davon läuft der

Feind mit Patrouillen an der Biava vor. Im Raume von San Donna hatten die den Uferwechsel unserer Divisionen sichernden Bedungsgruppen in den letzten Tagen starke Angriffe abzuwehren. Unsere Bewegungen vermochten auch hier planmäßig und ohne Verlust an Kriegsgerät durchgeführt zu werden. Seit dem 15. Juni hätte der Italiener über 50.000 Mann an Gefangenen ein, darunter 1100 Offiziere. Die Gesamtverluste des Feindes sind bei strengster Schätzung mit 150.000 Mann zu berechnen.

Der Chef des Generalstabs, die Räumung von Venedig und die Vorbereitung zu seiner militärischen Verteidigung wird mit großem Eifer fortgesetzt.

Widmung einer russischen Legion in Amerika. Nach dem „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet der „Daily Telegraph“ aus Newport vom Sonntag, daß eine russische Legion aus in den Vereinigten Staaten wohnenden Vertretern der unterdrückten Völker Deutschlands und Oesterreichs gebildet werden wird. Man sei der Ansicht, daß diese Legion am besten in Rußland verwendet werde, vorausgesetzt, daß man sich überhaupt zu einer Intervention in Rußland entscheide. Nach Telegrammen aus Washington bringen die Alliierten bei der Regierung immer mehr darauf, diese Intervention zu unterstützen.

Zur Lage in Rußland. Aus Moskau wird gemeldet: Die hiesige Presse meldet: Die Flucht des Großfürsten Michael aus Perm erfolgte am 15. Juni nachts. Eine Abteilung angeleglicher roter Garde entführte den Großfürsten im Kraftwagen unter Vorweisung eines gefälschten Sowjetbefehls, wonach er nach Moskau überführt werden sollte. — Infolge zunehmender gegenrevolutionärer Untertriebe und Hungerevoluten ist der Kriegszustand über Kreizim im Gouvernement Nowgorod, über Sebit Perm, Stadt und Gouvernement Ufa verhängt, sowie der Belagerungszustand über Nowgorod erklärt worden. Die Lage im Gouvernement Saratow ist besorgniserregend. Schnellste, ernste Maßnahmen zur Organisation des Selbstschutzes sind erforderlich. Energetische Befehlslinien der Bewachung und militärische Ausbildung der arbeitenden Klassen wird dem Exekutivkomitee des Saratower Gouvernement durch den Deputiertenrat auferlegt. — Ein Diktogramm von der Wurmanküste meldet, daß 60% der Bahndeamten wegen Nahrungsmittelangel an Ljopus und Störben erkrankt sind. Moskau ist von jeder Verbindung mit Turkestan abgeschnitten. Nur aus Umwegen kommen Nachrichten über eine Bewegung für Abtrennung von Rußland und Autonomie. — In Dniss soll Großfürst Michael an der Spitze der Gegenrevolutionäre ein Manifest an das russische Volk erlassen haben, in dem er bei seiner Abdankung beharrt und dem einrufenden Semski Sabor die Entscheidung über die Regierungsgewalt überläßt.

Rieser Tageblatt
Amtsblatt.

Hiermit richten wir an die geehrten Postbesitzer das höfliche Ersuchen, die Bestellung auf Monat Juli-September

sofort

bestellen zu wollen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Der Postbezugspreis frei Haus beträgt im Deutschen Reich monatlich nur 1.14 Mk.

Das Rieser Tageblatt ist die Heimatszeitung für unsere Truppen im Felde. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, anherdem die Feldpostämter im Felde an. Für jeden Monat beträgt der Bezugspreis 1.50 Mk.

Verlag des Rieser Tagesblattes, Riesa, Goethestr. 59.

Nach Meldungen der Presse in Wien hat die Eisenbahnkommission beschlossen, den Güterverkehr zwischen der Ukraine und Rußland in den nächsten Tagen zu eröffnen. Dagegen machte die Ukraine die Eröffnung des Verkehrs von der Rückgabe des ukrainischen Wagenmaterials an die Ukraine abhängig.

Nach Meldung der Moskauer Presse seien die tschechoslowakischen Truppen in Zetaterburg eingedrungen und in der Stadt seien schwere Kämpfe entbrannt.

Nach Meldungen der Presse ist das bisherige Ergebnis der Wahlen in Petersburg folgendes: 122 Volkswahlen, 9 Infanterierevolutionäre und 1 Oberone.

Ein Aufruf der Sowjet-Regierung. In einem Aufruf des Rates der Volksbeauftragten in Moskau heißt es: Es ist unmöglich, die Macht der Sowjets vor der Hungersnot kapitulieren zu lassen. Aus den Gebieten von Jarisyn, Don und Kuban werden gewaltige Vorräte von Lebensmitteln in den nächsten Tagen nach der Region von Moskau und weiter nördlich geliefert werden. Inzwischen wird der Rußland in Sibirien erstickt sein und die Lebensmittel, die sich unterwegs befinden, werden ihre Bestimmung erreichen. Um diesen Plan zu verwirklichen und für immer die chaotischen und umhülzlerischen Bestrebungen des reaktionären Bürgerturns zu brechen, greift das Volk zu folgenden Maßnahmen: Teilweise Mobilmachung im Wolgarebiet, im Ural, in Sibirien und in den dem Rußland benachbarten Gebieten. Alle örtlichen Sowjets üben eine strenge Kontrolle über die Bürger aus, um jede Verschwörung und unheimliche Unterdrückung, ehemalige Offiziere, die täglich an der Wiederherstellung der sowjetischen Armee gearbeitet haben, genießen vollständige Strafflosigkeit und den Schutz der Sowjetbehörden. Verhöroroffiziere, Mittelschlepper von Stropadski, Krasanoff und des sibirischen Obersten Janoff werden ohne Gnade hingerichtet werden.

Das Abkommen zwischen China und Japan. Wie das kaiserliche Bureau erklärt, ist ein Abkommen zwischen China und Japan so gut wie abgeschlossen, wonach die außerordentlich wertvollen Eisenbergwerke in Fengshangshan von Chinesen in Besitz genommen und die Verteilung des Stahls von Chinesen und Japanern übernommen wird. Die Japaner werden zum Betriebe der Werke 20 Millionen Yen beisteuern. Damit erhalten die Japaner tatsächlich die Aufsicht über die gesamte Produktion der Bergwerke.

Die japanische Einmischung. Das japanische Bündnis steht in England wieder hoch im Kurs, seitdem der gelbe Feind sich nun wirklich anzuschließen scheint, sich abermals als „Soldat“ des weltbeherrschenden Albions mißbrauchen zu lassen. Die Nachricht von der Ueberreichung des britischen Heerministerstabs an den Mikado durch den Prinzen von Counaught reißt sich vortrefflich zu der Nachricht, daß das japanische Parlament in Kürze zu einer Sonderfassung zusammenzutreten werde, um über die Frage des Aufschickens eines Expeditionskorps nach Sibirien zu beschließen. Ebenso beachtenswert ist eine Meldung aus Stockholm, wonach die dort eingetroffenen Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre, die mit den Radikalen Hand in Hand gehen, eine Erklärung für eine bewaknete Intervention der Entente in Rußland abgegeben würde. In Betracht kommt natürlich nur die Einmischung Japans als

Beauftragten der eigentlichen Verbandsmächte, deren Streitkräfte ja in Europa genug und übergenug zu tun haben. Die gelbe Großmacht soll für den Verband die Aufgabe der Wiederherstellung eines den Krieg gegen die Mittelmächte wieder aufnehmenden Rußland übernehmen.

Die deutsch-japanischen Verträge. Gestern wurden im Auswärtigen Amt die Ratifikationsurkunden zu dem am 7. März zwischen Deutschland und Japan abgeschlossenen Verträgen, namentlich dem Friedensvertrage und dem Handels- und Schiffsabkommen ausgetauscht.

Drei erfundene Gerüchte über einen Aufstand in Kleinasien. Die türkische Agentur Milli meldet: Einer von „Daily News“ veröffentlichten, vom „Nieuwe Rotterdam Courant“, sowie anderen Wätern abgedruckten Depesche der „Agence d'Athènes“ zufolge soll an der ägäischen Küste Kleasiens ein Aufstand ausgebrochen sein, der sich von Chremis bis Nedemil in Wajet Wida ausgebreitet habe. Graf Valcha, der zur Unterdrückung des Aufstandes entsandt worden sei, habe mit den Aufständischen im Einklang genommen mit dem Wali von Smyrna gemeinsame Sache gemacht. — Diese Gerüchte sind lächerlich und frei erfunden. Sie zeigen lediglich welcher Mädelchaften sich die Anhänger von Benjelos bedienen, um die öffentliche Meinung Europas gegen die Türkei aufzubereiten.

Lond George über die militärische Lage. Reuters meldet aus London: Bei der dritten Lesung der Consolidated Funds Bill erklärte Lond George in Verantwortung von Fragen folgendes über die militärische Lage: Die Anzahl erstklassiger amerikanischer Truppen, die nach Europa übergeführt worden ist, genügt, um die Alliierten zu unterstützen und unsere Feinde zu enttäuschen. Im Augenblick kann unmöglich mit Sicherheit das Kräfteverhältnis der Alliierten und der Mittelmächte angegeben werden. Es wäre erstaunlich, wenn nicht binnen sehr kurzer Zeit die Alliierten an der Westfront stärker wären als die Deutschen. In den nächsten Monaten wird die Lage natürlich noch sehr belangreich sein. Wir stehen am Vorabend großer Ereignisse. Vielleicht wird in den nächsten Stunden, ganz sicher in einigen Tagen eine große Schlacht geliefert werden, von der der Ausgang des Ganzen abhängen wird. Aber die Alliierten werden niemals besser vorbereitet, den Stoß zu erwarten. Der letzte Angriff der Deutschen auf die französische Armee ist mißglückt, das gleiche kann von dem ersten deutschen Angriff auf unsere Truppen gesagt werden. Die Lage Rußlands ist vollkommen chaotisch. Es ist nutzlos, von der russischen Regierung zu sprechen, als wenn es eine Regierung für das ganze Land gäbe. Kerenski und seine Regierung vertreten noch das ganze Rußland. Man kann keine Verhandlungen mit irgend einer Körperlichkeit in Rußland anknüpfen und behaupten, daß sie das ganze Land vertreten. Es ist nicht nur nützlich, sondern auch recht und billig, wenn wir Rußland beiseite lassen. Deutschland hat die mit Rußland abgeschlossenen Verträge nicht 24 Stunden beachtet. Der daß gegen die Deutschen nimmt besonders in den besetzten Gebieten zu. Klein Gewähersmann behauptet, daß Rußland mehr als je bereit sei, an jeder Bewegung teilzunehmen, die den Zweck habe, die Deutschen aus ihrem Geburtsland zu vertreiben. Diese Dinge geben Hoffnung. (Beifall.) Rußland ist schwer zugänglich, nur Japan hat den Weg zu ihm frei. Die Vorgänge in Italien sind vielversprechend. Oesterreich ist nicht in so günstigen Verhältnissen, eine Niederlage ertragen zu können, denn drei Fünftel seiner Bevölkerung haben nicht die mindeste Sympathie für die Ziele des Krieges, sondern wissen, daß nur ein Sieg der Alliierten ihnen Aussicht auf Freiheit sichert. Ich erinnere an die Tschecho-Slowaken in Sibirien. Alle diese Dinge sind von Bedeutung und geben Hoffnung. Wir alle stehen unter dem Eindruck der großen Ereignisse im Westen. Die Gefahr ist noch nicht vorüber, aber wie groß auch unsere Schwierigkeiten sein mögen, die Schwierigkeiten der Mittelmächte sind unendlich viel größer.

Eine Wiener Stimme zur Rede Rüchmanns. Die Wiener „Neue Freie Presse“ steht in der Rede des Staatssekretärs v. Rüchmann ein Bekenntnis zum Verständigungsfrieden hervor, mit denen Rüchmann über das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn spricht, und betont als interessantes Moment, daß der Staatssekretär bei Besprechung der polnischen Frage auf den innigen Zusammenhang mit den zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn schwebenden wirtschaftlichen Fragen hinwies, und schließt: Dr. v. Rüchmanns Rede zeigt die ganze tiefe Nüchternheit des deutschen Volkes. Auch nach den größten Erfolgen verliert es nicht die Besinnung, und so der Wegner den Ruf des Triumphes erheben würde, krebt der deutsche Staatssekretär in gemäßigten Worten dem Gegner die Hand hin und zeigt ihm den Weg, der denkbar wäre für eine Verständigung.

Die Witschrit an den Schweizer Bundesrat. Aus Freiburg meldet die Schweiz. Dep.-Agentur: Das hiesige katholische Friedensinstitut für Völkerverständigung hat dem Bundesrat eine ausführliche Witschrit eingereicht mit dem Vorschlag, den ersten Schritt zugunsten des Friedens zu tun oder einen etwaigen Schritt anderer neutraler Staaten zu unterstützen. Das Institut hält den psychologischen Moment für einen solchen Versuch für gekommen.

Der Präsident von Chile hat bei der Eröffnung des Kongresses die Aufrechterhaltung strengster Neutralitätspolitik erneut verkündet.

Zur Erklärung des Rates von Flandern. Zu der unter dem 23. Juni veröffentlichten Erklärung des Rates von Flandern an das deutsche Volk wird der Rdn. Itg. von besonderer Seite gefolgt: Der Aufruf stellt als politisches Ziel die Aufrichtung eines flämischen Staates mit einem eigenen Parlament, eigener Verwaltung und einem eigenen Richterstand auf. Es ist kein Zweifel, daß unter diesen Bedingungen das flämische Volk tatsächlich eine Gewähr dafür erhalten würde, daß die früheren für das flämische Volkstum so trüben Zustände nicht wiederkehren. Eine einheitliche Organisation mit einheitlichem Parlament, wie es Belgien von 1830 war, bietet in ihrer bisherigen Art für beide der zwei so verschiedenen Nationalitäten der Flamen und Wallonen die Möglichkeit, selbständig und unbehindert durch die andere in ihrer völkischen Eigenart sich zu entwickeln. Es muß deshalb zum politischen und nationalen Teil der beiden Volksstämme, und zwar der Wallonen ebenso wie der Flamen eine über den Rahmen der bloßen Verwaltungstrennung hinausgehende Scheidung erwogen werden. Eine solche Verschärfung der Flamen und Walloniens wird natürlich nicht hindern, daß die beiden Staaten miteinander eine Verbindung eingehen, die es ihnen ermöglicht, durch eine gemeinsame Beschäftigung dieserigen Anlegenheiten zu ordnen, die insbesondere wegen der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen einer gemeinsamen Regelung bedürfen und daß diese Länder nicht wieder Aufmarschgebiet unserer Feinde werden. Ein freies, auf germanischer Grundlage aufgebautes Flandern hat ebenso wie Deutschland das Lebensinteresse, französische oder englische Heere von seinen Grenzen fernzuhalten. Schutzmaßnahmen hiergegen schähen unmittelbar auch Flandern. In wirtschaftlicher Beziehung bedarf aber ein solches selbständiges Flandern aus den von der Natur gegebenen Bedingungen heraus der Anlehnung an das Deutsche Reich. Festumdrückene Bedingungen des Friedensvertrages müssen diese Anlehnung erleichtern und dauernd sicherstellen. Sie müssen auch Wallonen, dessen wirtschaftliche Kräfte weder Flamen noch Deutschland missen wollen und können, mitumfassen. Dadurch wird nicht verhindert, daß beide Staaten sich ihr eigenes Staatsleben nach ihrem eigenen Willen einrichten und entwickeln.